

2009-12-09

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sitzung des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 01.12.2009**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Trocha, Harald
Mau, Hans-Joachim

Außer TOP 6.4 und 6.5

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD
Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter
Hartman, Robert

Anwesend bis TOP 8.1
Anwesend ab TOP 8.2

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Bönicke, Matthias

Vertreter für Herrn Otto

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Schmidt, Holger Prof. Dr.

Fraktion der FDP
Plettner, Ulrich Dr.

Vertreter für Herrn Dr. Neubert

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen, Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Änderung des zeitlichen Ablaufs darum gebeten, den TOP 6.5 „Meisterhäuser in Dessau-Roßlau – Auswahlverfahren für die weitere Gebäudeplanung“ vor dem TOP 6.1 „Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 172 – Wohnanlage Feuerherdt-Straße“ zu behandeln.

Auf der Grundlage einer Stellungnahme des Rechtsamts stellte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, den Antrag, den TOP 6.12 „Errichtung eines Tagungs- und Veranstaltungszentrums am Standort Kristallpalast“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Wegen der zu beschließenden Grundstücksangelegenheit als Teil der aufgeführten Beschlussvorschläge der Fraktion Pro Dessau-Roßlau bestehe die Notwendigkeit der nichtöffentlichen Behandlung der Vorlage als neuen Tagesordnungspunkt 8.2.

Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung des Gremiums.

Weitere Anfragen, Änderungen oder Ergänzungen zur ausgereichten Tagesordnung wurden nicht vorgebracht. Im Anschluss erfolgte die Abstimmung in der geänderten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 1

Die geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.10.2009

Zum Protokoll der Sitzung vom 27.10.2009 wurde durch **Herrn Bönicke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, beantragt, im TOP 7.2 „Sonstige Anfragen und Informationen“ die Aussagen des Herrn Schmieder auf die Frage des Herrn Otto folgendermaßen zu ergänzen:

TOP 7.2 (3. Absatz):

Die durch Herrn Otto angefragte Fördermittelbereitstellung für den Verein zur Erhaltung des Wasserturms wurde durch **Herrn Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes**, dahingehend beantwortet, dass die im Programmjahr 2009 beantragten Fördermittel nicht bewilligt wurden, weil der Verein die Fördermittelsumme laufend nach oben getrieben hat.

Herr Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamtes, widersprach dieser Aussage, die so nie getroffen werden könnte, da der Fördermittelgeber keine Begründungen für seine Entscheidungen bei mehrfach überzeichneten Programmen abgibt. In der Ausschusssitzung am 27.10.2009

verwies Herr Schmieder darauf und erläuterte, dass der Fördermittelgeber erfahrungsgemäß versuche, bei der Bewilligung möglichst viele Kategorien der Förderrichtlinie zu berücksichtigen. Im Bereich der Sicherungsmaßnahmen war das Vorhaben des Schwabehaus e.V. das einzige beantragte Vorhaben im Programmjahr. Der Verein zur Förderung und Erhaltung des Neuen Wasserturms hatte einen Sanierungsantrag mit einer beantragten Fördermittelsumme von ca. 1,2 Mio. EUR eingereicht. Bei den Bewilligungen des Programmjahres 2009 wurden die letzten großen IBA-Projekte (z.B. Meisterhäuser, Sanierung Kavaliertstraße 63-69) berücksichtigt. In diesem Zusammenhang äußerte Herr Schmieder die Vermutung, dass der Antrag des Vereins deshalb aufgrund seiner Antragshöhe keine Berücksichtigung finden konnte. Bemühungen des Vereins und der Verwaltung im Verlauf des Jahres auf den unvollständig bewilligten Sicherungsantrag aus dem Programmjahr 2007 zurückzugreifen, blieben leider erfolglos. Deshalb hat der Verein für das PJ 2010 getrennte Anträge gestellt.

Mit der Präzisierung der Aussage von Herrn Schmieder und der heutigen Protokollierung sei eine Änderung des Protokolls der Sitzung vom 27.10.2009 nicht notwendig, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Durch **Herrn Bönicke** wurden keine Einwände geäußert.

Die Niederschrift wurde in der ausgereichten Form zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 3

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 27.10.2009 wurde mehrheitlich bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 27.10.2009

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die folgende Beschlussfassung im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 27.10.2009:

Grundstücksangelegenheit zum Projekt Skaterhalle des eingetragenen Vereins "Von der Rolle", Vorlage: DR/BV/384/2009/V

Der Beschlussvorschlag zur Verpachtung der Andes-Hallen wurde einstimmig bestätigt.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Nachnutzung der Rundbogenhalle, Altener Straße Vorlage: DR/BV/424/2009/VI-80

Nachdem bereits in der letzten Sitzung des Kulturausschusses beiden Interessenten zur Nachnutzung des ehemaligen Junkalor-Geländes Gelegenheit gegeben wurde ihre Konzepte vorzustellen, sollte man an dieser Stelle ähnlich verfahren, erklärte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, und schlug vor, für eine offene Behandlung der Thematik Herrn Tornack und Herrn Beeg das Rederecht einzuräumen.

Diese Vorgehensweise fand die Zustimmung des Gremiums.

Herr Tornack, Verein „Industriekultur Hugo Junkers“, verwies eingangs darauf, dass eine Dokumentation erarbeitet wurde, die die große Bedeutung des Junkersgeländes für die Stadt Dessau darstelle. In der Entwicklung des Geländes werde eine Chance gesehen, die jahrelange Diskussion zur Entwicklung der Brache zu bereichern. Der Verein biete an, sich in die weiteren Diskussionen aktiv einzubringen. Die Strategien zur Entwicklung des Geländes seien auch mit den Ideen des Fördervereins in Einklang zu bringen, so dass die Nachnutzung im Interesse beider Vereine und entsprechend ihrer Ziele umgesetzt werden könne.

Herr Beeg, Förderverein Technikmuseum „Hugo Junkers“, beschrieb die seit einem Jahr angestellten Bemühungen, das technische Denkmal Rundbogenhalle in eine Nutzung im Zusammenhang mit der Gesamtausstellung am Standort Kühnauer Straße einzubringen. Das Gelände an der Altener Straße bezeichnete er als verwahrlost, die Gebäude befänden sich in äußerst schlechtem Zustand. Zum Erhalt der Rundbogenhalle habe man sich zur Übertragung an die Stadt gewandt, für das Jahr 2010 Fördermittel beantragt und mit dem Jobcenter die Einbindung einer geförderten Maßnahme besprochen. Bereits im Dezember werde man mit der Bauheldfreimachung an beiden Standorten beginnen. Unter der Voraussetzung der Bewilligung der Fördergelder beginne man mit der Umsetzung der Halle im März des Jahres 2010.

Mit dem denkmalgerecht instandgesetzten Windkanal habe der Verein bewiesen, ein ähnliches Projekt schultern zu können. Dem Verein „Industriekultur Hugo Junkers“ bot er an, bei der Umsetzung im Rahmen der Dokumentation und der Erstellung eines Modells für das Gesamtgelände mitzuwirken.

Aus seiner Sicht stehen der Sanierung des Verwaltungsgebäudes die schwer wiegenden baulichen Schäden entgegen. Zur Sanierung des Gesamtgeländes sei der notwendige Aufwand als zu hoch einzuschätzen.

Als eines der Hauptthemen bezeichnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Authentizität des Ortes und schlug gemeinsame Gespräche der beiden Vereine vor. Er werde für Januar 2010 einen Termin koordinieren.

Mit der Ausstellung in der Brauerei werde ein ungenutztes Potential aufgezeigt, so **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Für ihn stelle sich die Frage, wie man künftig das Gewerbegebiet entwickeln wolle. Die Sicherung von Spuren und ursprünglichen Zeugnissen könnten dem Gebiet eine besondere Prägung geben. Auch Reste der Halle, beispielsweise die Bodenplatte, oder die Ursprungs konstruktion des Verwaltungsgebäudes können erhalten bleiben. Hier seien von den Studenten innovative Lösungen gefragt, um beispielsweise ein „Mahnmal für misslungene Treuhandbemühungen“ zu belassen. Auch die aktuellen Anstrengungen zur Errichtung eines Hugo-Junkers-Denkmal passen nicht zu dem geplanten Abriss.

Man beseitige derzeit städtebauliche Missstände, erwiderte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Für das Verwaltungsgebäude sei bis zum Jahresende eine intensive Vermarktung vorgesehen. Sollten diese Bemühung keinen Erfolg bringen, tue man sich mit historisierenden Gedanken keinen Gefallen. Man habe bei der Vielzahl ungenutzter historischer Gebäude im Stadtgebiet die Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen zu hinterfragen. Ebenso sei nicht außer Acht zu lassen, dass die Förderung unter der Voraussetzung gewährt werde, dass man das Gewerbegebiet einer neuen Nutzung zuführe.

Historische Orte als wichtig bezeichnend, bat **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, darum, in den weiteren Prüfprozess Architekten einzubeziehen, um realistische Ergebnisse zu erzielen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen**.

5.2. "Interkultureller Generationenpark" - Endbericht zum ExWoSt-Modellvorhaben Vorlage: DR/IV/100/2009/VI-65

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement, verwies eingangs darauf, dass das Projekt bereits mehrfach im Ausschuss vorgestellt wurde und dass mittlerweile der vollständige Endbericht zum ExWoSt-Projekt im Internet abrufbar sei.

Um sich den erreichten Erfolg vorstellen zu können, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, sollte man sich den Zustand des Parks vor fünf Jahren vor Augen führen. Mittlerweile sei der Bereich durch die Bevölkerung wieder in Besitz genommen worden, im Jahr werden 70 Veranstaltungen durchgeführt.

Diesen Bereich als lebendige Innenstadt bezeichnend, verwies **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, neben den vielen Initialzündungen auf die Nutzung als positiven Aspekt der Entwicklung.

Nachdem das ExWoSt-Projekt abgeschlossen sei, so **Herr Bekierz**, werde man im Jahr 2010 im nördlichen Bereich des Parks mit Stadtumbaumitteln weitere Umgestaltungsmaßnahmen umsetzen.

Neben den Baumaßnahmen sei es wichtig, den Parkmanager als „Kümmerer“ für die Netzwerkarbeit auch künftig zu etablieren, merkte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, an.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Meisterhäuser in Dessau-Roßlau - Auswahlverfahren für die weitere Gebäudeplanung Vorlage: DR/BV/468/2009/VI-65

Rückblickend verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf den 05.08.2009, als sich die nijo-Architekten aus dem Planungsprozess zurückzogen. Nach der Verständigung zur weiteren Vorgehensweise habe man, um Rechtssicherheit für den weiteren Weg zu erlangen, ein Gutachten erarbeiten lassen. Nun werde man sechs Büros einbinden, deren Ergebnisse durch eine Expertenrunde zu bewerten sein wird. Eine Jury werde dem Bauausschuss Ende März 2010 eine Empfehlung zur Beschlussfassung geben. Zur Mitte des Jahres 2010 – zur letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause – werde man den novellierten Gesamtmaßnahmebeschluss zum Bauvorhaben, dessen Kosten sowie der Finanzierung einreichen.

Ergänzt wurden die Ausführungen durch **Herrn Prof. Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus**, der die Profile der Büros hinsichtlich der zu stellenden Bauaufgabe vorstellte. Die Aufgabenstellung – in Präzisierung der vorliegenden Beschlüsse – sehe eine Abspeckung des Nutzungsprogramms für das Haus Gropius hinsichtlich eines Besucherzentrums vor. Als Entree des Gesamtensembles werde es Respekt zum historischen Sachverhalt beweisen.

Wichtig sei vor allem das Vertrauen in die Arbeitsgruppe, einen entscheidungsreifen Sachstand zu erarbeiten.

Als ebenso wichtig bezeichnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, ein überzeugendes Ergebnis, das nicht in der Fachwelt ver-rissen werde.

Durch **Herrn Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, wurde der Einfluss des Präsidenten der Kurt-Weill-Gesellschaft auf die Nutzungskonzeption für die Doppelhaushälfte Moholy-Nagy hinter-fragt.

Herr Beigeordneter Hantusch und **Herr Prof. Oswalt** informierten, dass das zweite Oberge-schoss der der Doppelhaushälfte zur nichtöffentlichen Nutzung vorgesehen sei. Mit dem Präsi-denten der Kurt-Weill-Gesellschaft, Herrn Markworth, sei dies abgestimmt worden. Aufgrund der historischen Sachverhalte seien Nutzungseinschränkungen notwendig. Diesbezügliche Gesprä-che sind mit den Architekten und den Nutzern zu führen, um das Gebäude nicht nur isoliert zu betrachten und verschiedenen Optionen zu klären.

Um das Spannungsfeld Denkmalschutz / Brandschutz / Nutzungskonzept entsprechend zu würdigen, so **Herr Bönicke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, seien klare Definitionen nötig, um nicht wieder die gleichen Probleme zu bekommen.

Nach der Festlegung der öffentlichen Nutzung des Erdgeschosses und der nichtöffentlichen Nutzung des Obergeschosses seien viele Probleme gelöst, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**; diese Vorgaben werden den Architekten in der Aufgabenstellung mitgegeben.

In Anbetracht der bereits getätigten Ausgaben hinterfragte **Herr Bönicke** deren Finanzierung.

Zur Klärung der Finanzierungsfragen befinde man sich in Abstimmung mit dem Ministerium, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Nach Feststellung des Kostenaufwuchses – unter anderem auch durch eine Verlegung einer Gashochdruckleitung verursacht – strebe man an, Mitte des Jahres 2010 eine Kostendeckelung festzuschreiben.

Weiteren Informationsbedarf äußerte **Herr Bönicke** zur Einbindung des Herrn Springer in die Expertenrunde, der bereits beim Alten Theater die Zusammenarbeit mit der Stadt unterbrochen hatte.

Herr Springer wurde wegen seiner Reputation bei Bauvorhaben in Sachsen-Anhalt – beispiele-weise das Luthergeburtshaus – und auf Vorschlag von Frau Schäfers ausgewählt, antwortete **Herr Prof. Oswalt**. In seiner Rolle als Berater sei er relativ unbefangen.

Bezug nehmend auf das Bauvorhaben Altes Theater äußerte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, dass es keine Probleme mit der Arbeit von Herrn Spring-er gegeben habe, der aufgrund seines Entwurfs den Zuschlag erhielt. Im Verlauf der Planung musste festgestellt werden, dass sich durch die auskragenden Bauteile eine Kostenerhöhung ergab. Einer Änderung seines Entwurfs stimmte Herr Springer nicht zu, so dass die Zusam-menarbeit im beiderseitigen Einvernehmen beendet wurde.

Das gewählte Verfahren als gute Wahl bezeichnend, um die geforderte Architekturqualität zu sichern, fragte **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, mit Verweis auf das Büro Bankert nach Überlegungen zur Einbeziehung eines Dessauer Architekten.

Diese Frage wurde diskutiert, so **Herr Prof. Oswalt**, und man habe sich bewusst dagegen ent-schieden, um mögliche Beeinflussungen und Konflikte wegen lokaler Verbindungen auszu-schließen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.2. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 172 "Wohnanlage Wilhelm-Feuerherdt-Straße"
Vorlage: DR/BV/359/2009/VI-61**

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, informierte darüber, dass bereits 60 % der Grundstücke veräußert wurden.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.3. Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 121 G "An der Hauptstraße" für die Errichtung eines Carports innerhalb einer öffentlichen Grünfläche
Vorlage: DR/BV/387/2009/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich bestätigt.

**6.4. Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit, Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel" der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/444/2009/VI-61**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.5. Bestätigung der Arbeitsrichtung Standorte für Baumpflanzungen zu besonderen Anlässen
Vorlage: DR/BV/415/2009/VI-61

Die Frage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zur Zuständigkeit für den Hochzeitsclim beantwortete **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dahingehend, dass die Stadtverwaltung die Verantwortung für diesen Standort übernehmen werde.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.6. Bauvorhaben Querweg-Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/439/2009/VI-66

Bezug nehmend auf die folgenden vier Beschlussvorlagen, erläuterte **Herr Unger, Tiefbauamt**, die Notwendigkeit der Erneuerung der Schmutzwasserkanäle aufgrund ihrer baulichen Zustände und Dimensionierungen. Die Straßenauswässerung als Teil der Gesamtmaßnahme sei nach Straßenausbaubeitragssatzung umlagefähig. Im entsprechenden Beteiligungsverfahren der Anlieger habe man keine mehrheitliche Zustimmung erreicht, so dass nunmehr der Stadtrat über die Durchführung der Maßnahmen zu entscheiden habe. Neben den Kosten entsprechend Beitragssatzung haben die Anlieger die Kosten für Schmutz- und Trinkwasseranschlüsse zu tragen. Eine Alternative zur gewählten Entwässerung bestehe nicht, da ein Trennsystem höhere Kosten mit sich bringen würde.

Mit dem Hinweis auf irreführende Informationen der Anlieger, sei künftig gefordert, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Bürger bereits frühzeitig über die umlagefähigen Kosten und die Kosten, die der DESWA zu erstatten seien, in Kenntnis zu setzen.

Die Frage des **Herrn Bönicke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, nach der Wertung der nicht abgegebenen Stimmen, beantwortete **Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamts**, dahingehend, dass jedem Grundstück ein Stimmrecht einzuräumen sei und demnach die Mehrheit der Eigentümer den Ausschlag gebe.

Auf Nachfrage des **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, zur Frist für den Anschluss an das Abwassernetz, erläuterte **Herr Unger**, dass seit 1990 geregelt sei, dass sechs Monate nach Fertigstellung des Sammlers ein Anschluss zu erfolgen habe.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.7. Bauvorhaben Kleinring - Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/440/2009/VI-66**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.8. Bauvorhaben Mittelring - Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/441/2009/VI-66**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.9. Bauvorhaben Großkühnauer Weg - Erneuerung des Mischwassersystems gemeinsam mit der DESWA GmbH
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/442/2009/VI-66**

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

**6.10. Umstufung und Widmung der Ortsdurchfahrt von Bundesstraßen, Landstraßen und Kreisstraßen
Vorlage: DR/BV/459/2009/VI-66**

Die Anfrage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, zum Zeitpunkt des Übergangs der Bundes- und Landesstraßen in die Baulast der Stadt beantwortete **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, mit dem 01.01.2010.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelungen und der Möglichkeiten seitens der Stadt z. B. Fußgängerwege auf diesen Straßen einzurichten, durch **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, angefragt, erklärte **Herr Cirner, Tiefbauamt**, dass das Verfahren beim Land laufe und ca. 6 bis 9 Monate zu veranschlagen sind. Eine andere Situation entstehe für die Stadt nicht, die

Einrichtung von Fußgängerüberwegen habe nichts mit dem Widmungscharakter der Straße zu tun.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.11. Maßnahmebeschluss zur Sanierung der Sekundarschule "Am Rathaus" (Ringstraße 48) .

Vorlage: DR/BV/398/2009/V-40

Einführungs- oder Rückfragebedarf wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig bestätigt.

6.12. Umfang des Planfeststellungsverfahrens zur Ostrandstraße

Vorlage: DR/BV/476/2009/PDR

Mit dem einführenden Hinweis auf die bereits ausgebauten Abschnitte der Ostrandstraße im Gewerbegebiet Waggonbau und im Bereich Schlachthof, beschrieb **Herr Bönicke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die künftige Verbindung zwischen Ost und West sowie umgekehrt mit einer unnötigen Umwegführung durch das Gewerbegebiet Waggonbau. Der Ausbau der Walderseestraße sei notwendig, um mit einer schnellen Ost-West-Verbindung einen Anreiz zu schaffen, die Verbindung über die Karlstraße zu meiden.

Mit Blick auf das Kartenmaterial sei die direktere Verbindung über die Walderseestraße zu bestätigen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Mit Verweis auf die Gespräche mit dem Ministerium, zu denen man sich zur Finanzierung der Gesamtsumme von 14 Mio. € für die Ostrandstraße abgestimmt habe, gehe man nun durch Einbeziehung der Walderseestraße in Richtung 16 Mio. €. Die Stadträte müssen daher wissen worauf sie sich bei ihrer Entscheidungsfindung einlassen.

Durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, wurde anhand einer Präsentation die Einordnung der Walderseestraße im Zusammenhang mit der Ostrandstraße dargestellt. Ausbaulänge beschrieb er mit ca. 550 m, die Kosten mit ca. 650.000 €. Aufgrund der Beschlusslage aus der Stadtratssitzung vom 13.07.2005 wurde das Verfahren ohne Einbeziehung der Walderseestraße vorbereitet. Nachdem er zu den Prognosebelastungen für die Straße Erläuterungen gegeben hatte, zog er als Fazit der bisherigen Überlegungen, dass nach Abwägung der Belange von Denkmal- und Naturschutz sowie der anliegenden Kleingärtner gegenüber der geringeren Verkehrsentlastung keine Einbeziehung der Walderseestraße erfolgen sollte.

Nach seiner Einschätzung werde die Realisierung der Ostrandstraße durch die Mehrkosten und zusätzliches Konfliktpotential im Abwägungsprozess zwischen Entlastungen und Eingriffen gefährdet und zeitliche Verschiebungen nach sich ziehen.

Zusammenfassend erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass man für eine geringe Anzahl an Fahrzeugen zusätzlichen Abstimmungsbedarf, zu überarbeitende Planungen, zeitliche Streckungen und finanzielle Auswirkungen erreiche.

Demgegenüber bezeichnete **Herr Bönicke** eine Mehrbelastung von 600 Fahrzeugen für die Karlstraße als zu hoch. Seine Frage zur künftigen Zuwegung zum Landhaus beantwortete **Herr Unger, Tiefbauamt**, dahingehend, dass von der Ostrandstraße nur eine Verbindung für Radfahrer und Fußgänger zum Landhaus möglich sein wird. Ein Ausbau der Walderseestraße und der Scheplake sei nicht vorgesehen.

Auf die Frage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, hinsichtlich der Zustimmung der UNESCO zur jetzigen Straßenführung, erklärte **Herr Unger**, dass eine intensive Abstimmung zur Querung der Straße im Bereich der Wasserstadt geführt wurde. Da dies der herausragende Konfliktpunkt sei, kann von einer Zustimmung der sonstigen Straßenführung ausgegangen werden. Die weitergehende Frage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt** zur Grundbelastung auf der Karlstraße, beantwortete **Herr Pfefferkorn**.

Die Entlastungsfunktion der Ostrandstraße und die damit verbundene verkehrspolitische Zielstellung wurde durch **Herrn Maurer, Tiefbauamt**, erläutert.

Aus seiner Sicht bezeichnete **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Planung als weit voran geschritten, die durch die Wiederaufnahme der Walderseestraße unnötig verlängert und die Kosten erhöhen würde. Um das Gesamtvorhaben nicht zu gefährden, wäre dadurch Entgegenkommen zu beweisen, wenn man sich auf die Option einigen könne, die Walderseestraße erst anzufassen, wenn der Bedarf erkennbar sei.

Mit dem Hinweis auf die Diskussionen im Rahmen der gemeinsamen Ausschusssitzung am 18.11.2009, merkte **Herr Prof. Dr. Schmidt**, an, dass die Finanzierung des Vorhabens keineswegs gesichert sei, sondern nur eine Teilsumme in Höhe von 6,5 Mio. €. Demgegenüber habe man an vielen Stellen im Stadtgebiet, vor allem in den Vororten, erhebliche Defizite im Straßenbereich zu verzeichnen, die vorrangig zu beseitigen seien.

Zum aktuellen Stand der Finanzierung über das Entflechtungsgesetz bis 2013, **führte Herr Unger** aus.

Herr Trocha, Fraktion der CDU, der anmerkte, dass er anfangs dem Beschlussvorschlag aufgrund der sinnvollen Verkehrsverbindung befürwortete, sei nunmehr der Überzeugung, dass der Verkehr von Ost nach West und umgekehrt vorrangig die Abkürzung über Argenteuiler und Ludwigshafener Straße wählen werde. Der nördliche Verkehr werde weiterhin die Abkürzung über die Karlstraße wählen.

Da weniger Ampelkreuzungen zu queren seien werde die Verbindung über die Walderseestraße zu einer erheblichen Verkürzung der Fahrtzeit beitragen, argumentierte **Herr Bönicke**. Dem werde man entsprechend der Verkehrsentwicklungsplanung mit verkehrsorganisatorischen Maßnahmen zur Absenkung des Durchgangsverkehrs in der Karlstraße entgegen wirken, so **Herr Unger**.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

2 : 5 : 2

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

Die Anfrage von **Herrn Dr. Plettner, Fraktion der FDP**, nach der Art der Bäume, die am Bauhausplatz gepflanzt wurden, beantwortete **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dahingehend, dass man Kaiserlinden gewählt habe, da diese Art während der Blütezeit keine klebrigen Absonderungen erzeuge.

Für eine der nächsten Sitzungen des Bauausschusses schlug **Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, vor, die Ergebnisse der Wissenspatenschaft für die Andesflächen von Frau Prof. Felinks darstellen zu lassen. Dies sei bereits für die Sitzung im Februar eingeplant, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Auf Nachfrage von **Herrn Prof. Dr. Schmidt** zur Einbeziehung des Besucherzentrums in die Masterplanung, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass sich diese Planung auf die Innenstadt beziehe. Um die Entwicklungen im sozialen und kulturellen Bereich einbeziehen zu können, wurde vom Sozialdezernat die entsprechende Datenbasis abgefordert. Nur so könne eine integrierte Planung erstellt werden. Derzeit lägen noch nicht alle notwendigen Konzepte vor, der Prozess brauche diese Grundlagen jedoch, um nicht in einem reinen Baukonzept zu münden. Für den Schlossplatz seien attraktive Funktionen durch das Dezernat V zu bestimmen, dieser Prozess laufe momentan.

In der Sitzung des Kulturausschusses, informierte **Herr Prof. Dr. Schmidt**, habe Herr Dr. Raschpichler in Bezug auf die Bearbeitung zum Besucherzentrum „Bauhaus trifft Gartenreich“ auf das Dezernat VI verwiesen.

Als Vorschlag äußerte **Herr Schönemann** eine Auflistung der derzeitigen Defizite zu erstellen, die Verantwortlichkeiten zu klären und im März 2010 im Ausschuss die Untersetzung der Masterplanung zu behandeln. Dies entspreche der derzeitigen Vorgehensweise zwischen den Beteiligten, merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:50 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:30 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 20.01.10

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

VI

Anlage

1. Anwesenheitsliste